

Köln: OB Reker zeigt Herz für Autonome und Asylbewerber



Von MARKUS WIENER | Während sich der halbe Kölner Stadtvorstand in Auflösung befindet, wendet sich Oberbürgermeisterin Henriette Reker den wirklich wichtigen Problemen zu: Nach einem Beschwichtigungsbesuch bei der linksradikalen Szene im sogenannten "Autonomen Zentrum" fordert Reker nun auch noch im Verbund mit den Stadtoberhäuptern von Bonn und Düsseldorf die Zuweisung von mehr illegalen Migranten und Asylbewerbern. Tenor des Schreibens an Bundeskanzlerin Angela Merkel: Abschottung könne nicht die Lösung sein und die drei rheinischen Großstädte wären daher zur Aufnahme von noch mehr "Flüchtlings" bereit.

Was auf den ersten Blick wie eine Zeitungssente im Sommerloch anmutet, ist bitterer Ernst. Da werden chronisch klammen Stadtkassen und hunderte Millionen Euro kommunaler Mehrausgaben einfach ausgeblendet. Von wachsender Wohnungsnot, der Erosion der öffentlichen Sicherheit und zunehmenden kulturellen Konflikten einmal ganz abgesehen. Aber wie formulierte es schon eine führende CDU-Kommunalpolitikerin auf dem Höhepunkt der Asylkrise im Kölner Sozialausschuss so lapidar: Geld darf hier keine Rolle spielen!

Fernstenliebe statt Nächstenliebe

Ein Satz, den Kölner Ehrenamtler oder Eltern mit schulpflichtigen Kindern in maroden Gebäuden eher selten zu hören bekommen. Ebenso wenig tausende Kölner mit

Wohnberechtigungsschein, aber ohne Aussicht auf eine städtisch geförderte preiswerte Unterkunft. Es müssen halt Prioritäten gesetzt werden. Fernstenliebe statt Nächstenliebe wird schließlich auch von den christlichen Amtskirchen als neue Bibelauslegung gepredigt und kirchliche Wohlfahrtsverbände haben ebenfalls schon lange erkannt, dass sich in der Asylindustrie mehr Geld verdienen lässt als mit der schönen Betreuung von einheimischen Hilfsbedürftigen, Obdachlosen und Senioren.

So gesehen verwundern die neuesten Kapriolen von Henriette "Eine-Armlänge-Abstand" Reker nicht wirklich. Die Chronistenpflicht gebietet es aber trotzdem, derartiges Gebaren zu Lasten der "schon länger hier Lebenden" für die Nachwelt festzuhalten. Wobei natürlich auch solchen Politikern Gerechtigkeit zuteilwerden soll: Denn wenn es sich um Linksextremisten handelt, dann wird auch das oberbürgermeisterliche Herz von Henriette Reker ganz weit für die Sorgen und Nöten einheimischer Bürger.

So wie beim eingangs erwähnten Reker-Besuch im linksautonomen Zentrum an der Luxemburger Straße. Die dort in einem städtischen Gebäude liebevoll subventionierte Extremistenszene begehrt seit Monaten auf, weil das Grundstück im Rahmen der neuen Verwaltungspläne für den Kölner Grüngürtel in Zukunft nicht mehr für deren Umtriebe zur Verfügung stehen soll. Da versprechen linke Musterdemokraten dann schnell mal einen "heißen Sommer" und pöbeln lautstark in der letzten Ratssitzung auf der Besuchertribüne herum. Bistlang vergebens, doch Rettung naht womöglich durch Reker höchstpersönlich. Die Oberbürgermeisterin hat das Thema vor einigen Tagen mit einem zweistündigen Besuch im "Autonomen Zentrum" zur Chefsache gemacht und angeblich bereits einen Alternativstandort versprochen.

Weil derartiges Gemauschel mit Linksextremisten in Köln seit Jahrzehnten Usus ist und in den städtischen Gremien sämtliche kritische Nachfragen dazu regelmäßig abgeblockt werden, hat

der Kölner Landtagsabgeordnete Sven Tritschler (AfD) die Angelegenheit nun wiederum in den Landtag gebracht: In einer Anfrage unter dem Titel "Autonomes Zentrum – Beherbergt die Stadt Köln Verfassungsfeinde?" fordert der AfD-Fraktionsvize und Kölner Ratsherr von der Landesregierung detaillierte Angaben zu den dort auf städtische Kosten beherbergten Gruppen und Personen ein. Auch polizeiliche Erkenntnisse und die Rechtslage hinsichtlich der öffentlichen Förderung extremistischer Strukturen kommen auf's Tablet. Eine Begleitmusik, die Reker bei ihrer devoten Suche nach einem neuen Extremistentreff in Köln bestimmt nicht gerne hören dürfte.



Markus
Wiener.

PI-NEWS-Autor Markus Wiener schreibt bevorzugt zu Kölner und tagespolitischen Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über seine Facebook-Seite erreichbar und bloggt zur Kölner Kommunalpolitik auch unter rutwiess.blog.